

Beschluss des 4. Landesparteitages
1. Tagung, DIE LINKE. Thüringen, 16./17. November 2013

(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen)

Der Landesparteitag bestätigt die vorliegenden Eckpunkte für das Landtagswahlprogramm 2014 und beauftragt den Landesvorstand der 2. Tagung des 4. Parteitages den Entwurf für das Landtagswahlprogramm zur Beschlussfassung vorzulegen.

Thüringen fair-ändern

Eckpunkte für das Landtagswahlprogramm (Regierungsprogramm) der Partei DIE LINKE. 2014

Präambel

Die Präambel sollte die wesentlichen Ziele der LINKEN für einen grundlegenden Politikwechsel im Land kurz zusammenfassend beschreiben. Dabei gilt es, insbesondere die wichtigen Alleinstellungsmerkmale herauszustellen. Diese sind:

- konsequente Friedenspolitik und Ablehnung von Rüstungsexporten;
- Ablehnung der falschen Finanzpolitik, insbesondere hinsichtlich der EU-Rettungsschirme;
- Ablehnung des Renteneintrittsalters mit 67, Herstellung der Rentengerechtigkeit;
- Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und Überwindung prekärer Beschäftigung;
- Überwindung von Hartz IV und Einführung einer bedarfsorientierten sanktionsfreien Mindestsicherung.

Von diesen gesamtpolitischen Positionen ausgehend, schlägt DIE LINKE. ein sozial kompetentes, durch landes- und regionalpolitische Konzepte gestütztes und an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit orientiertes Programm „Thüringen fair-ändern“ vor. Es geht uns um ein lebenswertes und liebenswürdiges Thüringen.

Dabei stehen für DIE LINKE. Thüringen gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Land im Mittelpunkt.

DIE LINKE. Thüringen steht deshalb für Thüringen als sozial gerechtes Land, als modernes Bildungsland, als Land einer sozial verträglichen Energierevolution und einer ausgeglichenen Energiebilanz, für eine nachhaltige Kulturförderung und für eine umfassende Bürgerbeteiligung sowie eine bürgernahe zweistufige Verwaltung.

Trotz hohen Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren sind die öffentlichen Haushalte in Deutschland immer noch nicht ausgeglichen. (Deshalb steht DIE LINKE weiter für eine gerechte Steuerpolitik in Deutschland und der Umverteilung von oben nach unten, von der auch Thüringen und seine Kommunen mit besseren Einnahmen profitieren wird (werden, muss, würde) .

Für die Finanzierung unserer Projekte sind die nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushalts und strukturelle Reformen nötig. Konsolidierung des Haushalts und politische Gestaltung sind für uns Linke kein Widerspruch, sie bedingen sogar einander.

Für die hohe Schulden- und Zinslast des Landeshaushalts trägt die CDU infolge einer verfehlten Investitionspolitik in Prestigeprojekte die Hauptverantwortung. Eine Verschärfung der Schuldenbremse über die Aufnahme in die Landesverfassung lehnen wir kategorisch ab.

1. Soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Daseinsvorsorge

Wir streben in Thüringen einen grundlegenden sozial ökologischen Umbau an, in dem für alle Bürgerinnen und Bürger die Daseinsvorsorge gewährleistet wird.

Unser Ziel ist die Bekämpfung von Armut und die Herstellung der Chancengleichheit aller Bürgerinnen und Bürger bei der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

- Wir stehen daher zunächst für die generelle Erhöhung der Löhne in Thüringen und die Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohnes. Wir streben ein Einkommen an, von dem Mensch leben kann. Gleichzeitig sehen wir darin die wirtschaftlichen Faktoren einer steigenden Binnennachfrage und eines wachsenden Steueraufkommens zur Stärkung der öffentlichen Haushalte.
- Kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbstständige sind aus Sicht der LINKEN das Rückgrat der Thüringer Wirtschaft. Nur mit ihnen können regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt und ein sozial ökologischer Umbau vorangetrieben werden. Deshalb bedürfen sie einer stärkeren und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Förderung, einer stabilen öffentlichen Auftragslage sowie einer steuerlichen Entlastung.
- Wichtigstes Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik ist, mittelfristig die Schaffung eines Non-Profit-Sektors mit versicherungspflichtiger Beschäftigung jenseits der Privatwirtschaft und des öffentlichen Dienstes zur Realisierung wesentlicher soziokultureller Aufgaben.
- Wir sehen Thüringen als kleinteilig strukturiertes Flächenland. Deshalb streben wir an, die Attraktivität ländlicher Räume in Wechselwirkung mit den städtischen Zentren zu erhalten und auszubauen. Das verlangt die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe und entsprechender Beschäftigungsmöglichkeiten ebenso wie eine wohnortnähere Grundversorgung mit Lebensmitteln, allgemeinmedizinische Grundversorgung in der Fläche sowie günstige Verkehrsanbindungen bis hin zu einem thüringenweiten Verkehrsverbund. Darin sehen wir wesentliche Bedingungen, um Dörfer nachhaltig zu erhalten.
- Wir vertreten eine Umwelt- und Landwirtschaftspolitik, in der der Naturschutz gewährleistet wird, die Landwirtschaft einen Beitrag zur regionalen Lebensmittel- und Rohstoffproduktion leisten und zur Erhaltung der Kulturlandschaft beitragen kann. Unser Ziel sind gute Bedingungen für eine artgerechte Tierhaltung sowie eine umweltverträgliche Acker- und Grünlandnutzung. Die Vielfalt der Eigentumsformen ist dafür eine wesentliche Voraussetzung.

- DIE LINKE. sieht Thüringen als Tourismusland. Das verlangt ein ganzheitliches Herangehen. Insbesondere geht es darum, dass bisherige Klein-Klein zu beenden und die verschiedenen Angebote aufeinander abzustimmen.
- Unter dem Gesichtspunkt der Inklusion wollen wir in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens neue Wege in der Behindertenpolitik gehen.
- Eine den aktuellen Anforderungen entsprechende Wohnungspolitik bedeutet für uns, bezahlbaren Wohnraum für alle zu erhalten und eine Mietpreisbremse einzuführen.
- Im Bereich der Ver- und Entsorgung, insbesondere bei Wasser und Abwasser, ist ein Solidarprinzip einzuführen.
- Wir fordern eine Breitbandversorgung in der Fläche.
- Der Verbraucherschutz gewinnt landespolitisch an Bedeutung und wird als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern angesehen.

2. Kultur, Bildung, Wissenszugang

- Im Bereich der Bildung stehen für uns die Kostenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule sowie ein chancengerechtes, demokratisches und emanzipatorisches Bildungssystem im Mittelpunkt. Wir streben eine individuelle Förderung in jedem Bildungsbereich an. Bildung ist für uns öffentliche Aufgabe und Verantwortung. Von Anfang an muss dabei die Entwicklung des Kindes im Mittelpunkt stehen. Es geht um die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auf Hochschulniveau, um eine eigenständige Ausbildung für den frühkindlichen Bereich und die Aufwertung des Berufs „Erzieherin“ und bessere Entlohnung sowie die Verbesserung des Personalschlüssels. Unser Ziel bleibt längeres gemeinsames Lernen bis mindestens zur Klasse 8. Wir benötigen eine umfangreichere personelle und finanzielle Unterstützung der Schulträger durch das Land beim Erhalt kleiner Schulen im ländlichen Raum sowie ein Sanierungsprogramm für Schulbauten mit Landesmitteln. Um den Unterrichtsausfall zu stoppen, sind in den nächsten zehn Jahren 5.000 Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Unser Ziel ist ein kostenfreies Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen.
- Zu unseren Zielen gehört ein Mindestausbildungsentgelt für Auszubildende, ein thüringenweites Ausbildungsticket für Studierende und Auszubildende und die qualitative Verbesserung der Berufsausbildung mit dem Ziel, Ausbildungsabbrüche zu verringern.
- Wir verfolgen neue Ansätze bei Wissenschaft und Studium. Im Mittelpunkt steht dabei u. a. ein elternunabhängiges bedarfsgerechtes Bafög für alle ohne Darlehensanteil. Wir sind für die Aufnahme eines Verbotes von Studiengebühren in die Verfassung. Wir wollen das Thüringer Studentenwerk stärken, um damit dessen Angebote für Studierende in der täglichen Versorgung mit Dienstleistungen auszubauen.
- Wir wollen die Thüringer Hochschullandschaft stärken. Deshalb fordern wir bei der Hochschulfinanzierung eine 10-prozentige Erhöhung der Grundausstattung und eine transparente und demokratische Aushandlung der Hochschulfinanzierung. Unser Ziel ist der Erhalt der Orchideenfächer und aller Hochschulstandorte, ein Hochschulrahmengesetz mit wenigen Regelungen zur Stärkung der Autonomie der Hochschulen sowie einem thüringenweiten Beirat als Kontrollinstanz. „Gute Arbeit“ ist für uns auch im Bereich der Wissenschaft eine wichtige Zielsetzung.
- Die Erwachsenenbildung wird von uns als öffentliche Aufgabe angesehen. Ein Erwachsenenbildungspakt unter Einbeziehung der künstlerisch-gestaltenden und musikalischen Bildung streben wir an.

- Wir wollen ein neues Kulturkonzept für Thüringen entwickeln. Dabei geht es für uns um Kultur als Pflichtaufgabe. In einem Thüringer Kulturfördergesetz wollen wir einen solidarischen Kulturförderausgleich festlegen. Dieser soll die kulturelle Teilhabe für alle von Anfang an in allen Regionen des Landes gewährleisten. Wir wollen damit zugleich die Kooperation zwischen Bildungs- und Kultureinrichtungen befördern und insbesondere auch die Breitenkultur stärken. Wir streben transparente Finanzierungsstrukturen an, die mehr Planungssicherheit u. a. durch mehrjährige Projektförderungen garantiert.
- Zur Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft streben wir eine engere Verbindung von Kultur- und Wirtschaftspolitik an.
- Wir wollen die Digitalisierung von Bildung befördern. Das betrifft insbesondere auch das Lernen mit digitalen Medien sowie die Medienkompetenz der Lernenden und Studierenden sowie im Weiterbildungsbereich ausbauen.

3. Demokratie – Teilhabe – Politik – für und mit den Menschen

- Im Zentrum unserer Bestrebungen steht eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an allen wichtigen politischen Entscheidungen der verschiedenen Ebenen.
- Wir wollen Volksbegehren weiter erleichtern.
- Darüber hinaus geht es uns um mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten. So z. B. über Bürgerhaushalte, aber auch bei Entscheidungen zu öffentlichen Investitionen sowie zur Entwicklung von Wirtschaftsstandorten.
- Eine wichtige Voraussetzung für Demokratie und Mitgestaltung ist die Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung. Dies bedarf insbesondere einer aufgabengerechten Kommunalfinanzierung.
- Unser Ziel ist die Stärkung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Kommunen, insbesondere von Stadtwerken.
- Wir wollen den Genossenschaftsgedanken stärken. Dies trifft insbesondere auch auf Energiegenossenschaften zu.
- Die Stärkung der Demokratie verlangt insbesondere vor dem Hintergrund der NSU-Verbrechen eine umfassende Aufklärung und Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Einstellungen und rechtsextremistischem Gedankengut. Vor dem Hintergrund des Versagens der Sicherheitsbehörden bedarf eines umfassenden Umbaus in diesem Bereich. Die Auflösung des Verfassungsschutzes ist für uns mehr denn je geboten.
- Zur demokratischen Teilhabe aller Menschen, die in unserem Land leben, ist eine umfassende Neugestaltung der Migrationspolitik notwendig.